

Landtagssitzung, 17. Dezember 2020:

- Aktuelle Stunde zur geplanten Erhöhung der Normverbrauchsabgabe (NoVA):

Verkehrssprecher LAbg. Gerhard Razborcan, fand anlässlich der Debatte „*NEIN zur NoVA-Erhöhung: Unfaire Autofahrerabzocke beenden!*“ deutliche Worte in Richtung ÖVP und Grüne: „Diese **Steuererhöhung** trägt nicht zum Klimaschutz bei, ist unsozial und trifft die Schwächsten unserer Gesellschaft am härtesten! Eine **ökosoziale Steuerreform** ist wichtig und wesentlich für den Klimaschutz – sie muss allerdings zweckmäßig und durchdacht sein! Die erneute Husch-Pfusch-Aktion von ÖVP und Grünen, bei der wieder einmal über jegliche Experten und Gesprächspartner drübergefahren wurde, stellt jedoch genau das Gegenteil einer gelungenen Steuerreform dar!“

- SPNÖ-Antrag zur Änderung des Raumordnungsgesetzes:

Die SPÖ NÖ brachte einen Antrag ein, um eine neue Sonderwidmungskategorie „**Grünland – Thermische Kraftwerke**“ in Niederösterreich zu schaffen, wie **Baurechtssprecher LAbg. Mag. Christian Samwald** erläuterte: „Verbrennungskraftwerke können bis jetzt in allen Widmungsarten des Grünlands ohne widmungsrechtliche Einschränkungen gebaut werden. Bei Fotovoltaik- und Windkraftanlagen gibt es bereits derartige Sonderwidmungskategorien, welche die Errichtung dieser Kraftwerke genau regeln und Rücksicht auf Wohngebiete genommen wird. Da bei thermischen Kraftwerken erschwerend hinzukommt, dass Brennmaterial per LKW angeliefert werden muss und die Energieerzeugung selbst zu erheblichem **Geruchs- und Lärmaufkommen** führt, ist eine Sonderwidmungskategorie für thermische Kraftwerke überfällig, um AnrainerInnen ihre **gewohnte Lebensqualität weiter zu garantieren.**“

- Weitere Themen der Landtagssitzung:

Des Weiteren wurde im Plenum eine Änderung des Pflichtschulgesetzes diskutiert. Ab dem Schuljahr 2021/2022 wird für SchülerInnen die Option geschaffen auch sogenannte sprengelfremde Mittelschulen in NÖ zu besuchen, betonte **Bildungssprecherin LAbg. Elvira Schmidt**: „Diese Erleichterung wird **Familien** ein gewisses Maß an **Flexibilität** bei der **Auswahl des Schulstandorts** geboten, sofern eine Schule die erforderlichen Personal- und Raumressourcen hat und der Schulerhalter der aufnehmenden Schule seine Zustimmung gibt.“

Die SPÖ NÖ brachte einen Antrag zur Aufnahme von **100 schutzbedürftigen Kindern** aus Lagern auf den griechischen Inseln – insbesondere Lesbos – ein, der von ÖVP und FPÖ abgelehnt wurde. „Kommen wir unserer humanitären Verpflichtung nach, schauen wir nicht weg, sondern handeln wir! Geben wir Kindern **Perspektiven** und **Strukturen**, die sie so dringend benötigen und beenden wir für ein paar Kinder die Herbergssuche, indem wir ihnen ein Dach über dem Kopf zur Verfügung stellen und sie in Niederösterreich aufnehmen“, so **Integrationsprecherin LAbg. Kathrin Schindele**.

Am ersten Höhepunkt der COVID 19-Pandemie im Frühjahr hat der Landtag den Gemeinden erlaubt, notwendige Beschlüsse per „**E-Mail-Umlauf**“ oder „**Videokonferenz**“ einzuholen. Der Landtag hat diese Regelung jetzt um ein halbes Jahr verlängert, nicht jedoch ohne Kritik und Warnungen. **SPNÖ-Verfassungssprecher LAbg. Hannes Weninger** nannte konkrete Beispiele wie zum Beispiel die Marktgemeinde Vösendorf im Bezirk Mödling, bei welchen ÖVP-Bürgermeister mit grünen Koalitionspartnern normale Gemeinderatssitzungen boykottieren. Gemeinsamer Tenor im Landtag war, dass **Umlaufbeschlüsse** nur in **Ausnahmefällen** eingesetzt werden sollen und keineswegs normale Gemeinderatssitzungen ersetzen können. LAbg. Hannes Weninger appellierte vor allem an die ÖVP, das Entgegenkommen des Landtags nicht dazu nützen, die Opposition mundtot zu machen, Informationen zurückzuhalten und Diskussionen in den Gemeinderäten zu unterbinden: „Mit dem Recht der Minderheit spielt man nicht und mit der Macht protzt man nicht. Den verhaltensauffälligen Gemeindeoberhäuptern werden wir genau auf die Finger schauen!“